B3

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / [...]sen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund [...]
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[...]

[illegible]

7. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 29. April 1931 | Nummer 76

1.-Mai-Kundgebung auf der Ilgenkampfbahn, 13 Uhr

Nieder mit der antimarxistischen Hetze!

Abrechnung mit Naziprovokation im Landtag

KPD-Anträge gegen Verbote und Sozialabbau

Dresden, 29. April 1931

Bei der Beratung der Anträge zu den Demonstrationsverboten in Sachsen kam es in der gestrigen Sitzung des Landtages zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, als der Abgeordnete Studentkowsky in provokatorischer Weise erklärte: „Jeder Verbrecher ist ein Marxist!" Genosse Sindermann, der gefolgt von der kommunistischen Fraktion, die Zurücknahme dieser Beschimpfung forderte, wurde von dem Nazi Schlegel tätlich angegriffen. Im selben Augenblick entwickelte sich ein Tumult, in dessen Verlauf Schlegel und Studentkowsky eine kräftige Abreibung erhielten. Die Rednertribüne ging hierbei in Trümmer. Der Ältestenausschuß, der hierauf zusammentrat, war gezwungen zuzugeben, daß die Nazis die kommunistischen Abgeordneten persönlich beschimpft haben und daß Schlegel zuerst zuschlug. Daß Genosse Sindermann sich wehrte, wurde vom Präsidium zum Grunde genommen, auch gegen ihn durch die Geschäftsordnung vorzugehen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde außer den beiden Nazis auch Genosse Sindermann von der Sitzung ausgeschlossen, diese jedoch gleich darauf abgebrochen und die nächsten Dienstag vertagt. Während des Tumultes wurde beobachtet, wie Killinger und der Nazi Tetsch mit der Hand in der Jackettasche ihre Kumpane zu decken versuchten. Leider war es nicht möglich, sofort festzustellen, was diese eine Hand in der Tasche umspannte.

Diese Vorgänge demonstrieren die ganze Niedertracht der faschistischen Provokateure und sind ein Signal für die gesamte sächsische Arbeiterschaft. Die Kommunisten haben selbstverständlich die Beschimpfung des Marxismus durch den Hakenkreuz-Janhagel nicht geduldet und damit den Feinden des Marxismus gezeigt, daß der Marxismus trotz des Verrats der SPD-Führer entschlossene Vertreter und Verteidiger hat. Die gesamte sächsische Arbeiterschaft begrüßt das entschlossene Auftreten der kommunistischen Fraktion und wird dafür sorgen, daß sie in ihrem Kampfe gegen die faschistischen Banditen den nötigen Widerhall im Lande findet. Die Erklärung des Präsidiums, künftighin bei ähnlichen Vorfällen energisch durchzugreifen, haben die kommunistischen Abgeordneten mit dem Zuruf beantwortet: „Wir auch!"

Die revolutionäre Arbeiterschaft nimmt diesen Ruf auf. Allen Feinden der revolutionären Arbeiterbewegung, allen antimarxistischen Hetzern schleudert sie ihre Kampfansage entgegen! Der 1. Mai wird den Faschisten zeigen, daß die Arbeiterklasse mit der KPD unter dem Banner des Marxismus marschiert.

*

Die KPD-Fraktion im Sächsischen Landtage hat Anträge gegen die Willkürakte der Polizei gegen Arbeiterveranstaltungen und revolutionäre Propaganda eingebracht, die die sofortige Bestrafung der Verantwortlichen fordern. Außerdem wird das Verbot von Einziehung angeblicher Kostengebühren bei Genehmigungsanträgen und die Herausgabe einer Verordnung gefordert, wonach Transparente nicht der Anmeldepflicht unterworfen werden.

Neben dem kommunistischen Antrage gegen die Artikel-48-

Notverordnung hat die KPD auch einen Antrag eingebracht, der Einspruch erhebt gegen die geplanten neuen Notverordnungen zum Abbau der Arbeitslosenunterstützung und der Sozial- und Kriegsrenten.

Für roten Bauarbeiterverband Sachsens

Beschluß der Leipziger Bauarbeiter / Vorbereitungskonferenz 17. Mai

Die Bauarbeiter Leipzigs nahmen in einer großen Versammlung am Sonntag die folgende bedeutungsvolle Entschließung an, die sich an die Bauarbeiter ganz Sachsens wendet:

Die Bauunternehmer und die hinter ihnen stehenden Schwerindustriellen haben im ganzen Reich einen entscheidenden Schlag gegen die bestorganisierte Arbeitergruppe geführt. Gestützt auf die Notverordnung der Brüning-Regierung und mit Hilfe ihrer Lakaien, der reformistischen Gewerkschaftsführer haben sie die Löhne der sächsischen Bauarbeiter um 13 Pfennig die Stunde und darüber hinaus abgebaut.

Durch Lohnabbau und Mehrarbeitsleistung, durch Abbau der Sozialversicherung und organisierte Massenausplünderung, durch neue Zölle und Steuern, durch verschärfte wirtschaftliche und politische Unterdrückung will die Brüning-Regierung, als Beauftragte der Trustbourgeoisie, auf Kosten der breiten werktätigen Massen die Wirtschaftskrise überwinden. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer haben bei dem Generalangriff der Bourgeoisie alle Mittel angewandt, zur Verhinderung der Kämpfe der Arbeiterschaft gegen die räuberischen Maßnahmen der Kapitalisten und ihrer Regierung.

Der 13-Pfennig-Lohnraub an den sächsischen Bauarbeitern ist das Verdienst der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Mit den Stimmen der Führer der freien Gewerkschaften in Sachsen ist der [illegible] gefällt worden. Sie waren es, die gegen die übergroße Mehrheit der Dresdner und Leipziger Bauarbeiter den Streik, der von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ausgelöst wurde, abwürgten, Mehrheitsbeschlüsse mit Füßen traten und so die Bauarbeiterschaft den Bauunternehmern ausgeliefert haben. In diesem Kampf haben die sogen. „linken" sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der Arbeiterschaft ganz offen ihr verräterisches Gesicht gezeigt und sich als die gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft entlarvt.

Trotz monatelanger Gewerbelosigkeit haben Tausende von Bauarbeitern in Sachsen unter Führung der RGO im Kampf gestanden, um den Lohnabbau abzuwehren. Seite an Seite haben Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Bauarbeiter gekämpft. Dieser Kampfeswille und diese Geschlossenheit hätte unweigerlich zu einem Erfolg für die Bauarbeiter geführt. Aber die verräterische und streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie hat die Bauarbeiter um die Früchte des Kampfes betrogen.

Die heute tagende Versammlung der Leipziger Bauarbeiter aller Berufsgruppen stellt einmütig fest, daß

nur die RGO

es gewesen ist, die den frechen Angriff der Bauunternehmer mit der Waffe des Streiks beantwortet hat und ehrlich bestrebt war, den Lohnraub an den Bauarbeitern abzuwehren.

Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie hat das Vertrauen der Bauarbeiterschaft zu den freien Gewerkschaften gewaltig geschwächt. Tausende haben in diesem Kampfe erkennen gelernt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht mehr die Interessen der Arbeiter, sondern nur noch die Interessen der Unternehmer vertreten. Die Versammlung fordert alle Bauarbeiter auf: Macht Schluß mit den verräterischen Gewerkschaftsbonzen! Schließt euch der RGO an! Werdet Mitglied! Stellt die kämpfende Einheitsfront aller Bauarbeiter her! Die Versammlung ruft die sächsische Bauarbeiterschaft auf:

Helft mit an der Schaffung eines roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe in Sachsen,

der für die Bauarbeiter zur erfolgreichen Führung von Kämpfen gegen die räuberischen Maßnahmen der Unternehmer eine unbedingte Notwendigkeit ist! Nehmt

auf allen Baustellen, in allen Orten Sachsens, in Baubuden und öffentlichen Bauarbeiterversammlungen zu dem Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an den Bauarbeitern Stellung! Stellt euch geschlossen hinter unsere heute angenommene Entschließung!

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der sächsischen Bauarbeiter am 17. Mai in Dresden sollen endgültige Beschlüsse zur Gründung des roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe in Sachsen gefaßt werden. Wählt zu diesem Kongreß Delegierte!

Her zu uns! Her zur RGO, Bauarbeiter Sachsens! Werdet Mitglied der RGO! Ueber die RGO zum roten Einheitsverband für das Baugewerbe Sachsens!

Rüstet zu neuen Kämpfen!

Arbeiter von Jasmatzi am 1. Mai mit KPD

In einer überfüllten Versammlung der RGO-Betriebsgruppe der Zigarettenfabrik Jasmatzi AG wurde als Antwort auf die Hungerdiktatur und die Unternehmerangriffe auf die Arbeiterklasse einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, am 1. Mai für die Forderungen der Arbeiter zum Weltkampftag geschlossen mit der RGO und KPD zu demonstrieren, in Massen der RGO beizutreten und mitzuhelfen an der Organisierung des proletarischen Gegenangriffes und der Vernichtung des verräterischen Einflusses der SPD-Bonzen im Betriebe. Wir protestieren auf das schärfste gegen die volksfeindlichen Notverordnungen der Brüning, Severing und Schieck, sowie gegen den neuesten Millionenraubzug des Rates der Stadt Dresden gegen die Werktätigen und gegen die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, Kollegen Käßer.

Sächsischer Metalltarif gekündigt!

Bildet Kampfausschüsse! / Wählt Delegierte zur Konferenz am 17. Mai

Der Verband sächsischer Metallindustrieller hat das Lohnabkommen und gleichzeitig das [illegible] zum 31. Mai gekündigt. Die Löhne in der sächsischen Metallindustrie wurden in Verbindung mit dem [illegible] ab 1. November 1930 um 4 Prozent für Stundenlöhner und 5 Prozent für Akkordverdiener gesenkt. Die [illegible] ließen bei den Verhandlungen im Winter erkennen, daß sie für den Tarifabbau am 31. Mai eine Lohnsenkung von mindestens weiteren 7,5 Prozent fordern.

Die Löhne in der sächsischen Metallindustrie sind Hungerlöhne im wahrsten Sinne des Wortes. Der Spitzenlohn beträgt 89,5 Pfennig für solche Metallarbeiter, die vom Unternehmer als „Qualifizierte" angesehen werden. Die Masse der gelernten, über 23 Jahre alten, Metallarbeiter, hat als Höchstlohn 86 Pfennig. Die Abstufungen der Löhne gehen bis zu den jugendlichen weiblichen Arbeitern auf 29,5 Pfennig herunter. Infolge der Rationalisierungen bilden die gelernten Metallarbeiter nur noch einen geringen Prozentsatz der Beschäftigten. Die Hauptmasse der beschäftigten Metallarbeiter sind Angelernte, Ungelernte und Jugendliche. Der durchschnittliche Stundenlohn bewegt sich zwischen 47 bis 76,5 Pfennig. Das kommt einem Brutto-Wochenverdienst für 48stündige Arbeitszeit von 22,56 bis 36,72 Mark gleich.

Dieser Wochenverdienst erfährt aber durch die erhöhten Abzüge für Sozialversicherungen, Lohnsteuer usw. [illegible] Kürzung. Dazu kommt, daß die [illegible] unverantwortlich groß ist. [illegible] Gewerkschaften Organisierten [illegible] mit 34,6 Prozent vom ADGB angegeben. [illegible] Metallarbeiter, die für Mitte April auf [illegible] angegeben wird.

Schon vor dem Abschluß des jetzt bestehenden Tarifes wurde die Metallarbeiterbewegung am 1. November 1930: